

Satzung der JÖ – jung. ökologisch

§ 1: Name, Tätigkeitsbereich und Sitz

§ 1.1 Der Verband führt den Namen „JÖ – jung. ökologisch“. Die Abkürzung lautet „JÖ“. Er ist eine anerkannte Bundesvereinigung der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

§ 1.2 Der Tätigkeitsbereich umfasst die Bundesrepublik Deutschland.

§ 1.3 Er hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2: Zweck und Ziele

§ 2.1 Die JÖ ist die selbstständige Jugendorganisation der ÖDP auf der Basis des ÖDP-Grundsatzprogrammes.

§ 2.2 Ziel der JÖ ist die Mitwirkung an einer ökologischen Politik der Mitte. Das bedeutet den umfassenden Schutz allen Lebens und der natürlichen Umwelt. Die JÖ tritt ein für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Sie lehnen rechts- und linksradikale Tendenzen ab und bekennen sich zur Gewaltfreiheit. Die setzen sich besonders für die Anliegen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein. Sie streben eine Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen, auch auf internationaler Ebene, an. Neben der politischen Betätigung ist die Durchführung von praktischen Aktionen ein Schwerpunkt der Arbeit der Jungen Ökologen.

§ 3: Mitgliedschaft

§ 3.1

(1) Mitglied des Verbandes kann jede natürliche Person werden, die Satzung und Programm anerkennt und nicht älter als 35 Jahre ist.

(2) Stimmberechtigt und wählbar ist, wer JÖ-Mitglied ist. Als Bundesvorsitzende* sowie deren Stellvertreter*innen kann gewählt werden, wer mindestens 14 Jahre ist. Die Ausübung des Stimmrechts durch gesetzliche Vertreter ist ausgeschlossen.

§3.2

(1) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei einer konkurrierenden politischen Vereinigung. Über Ausnahmen entscheidet der Bundesvorstand.

(2) Entsprechendes gilt für Vereinigungen, die gegen die Interessen der JÖ oder der ÖDP wirken.

(3) Die Feststellung der Unvereinbarkeit trifft der Bundesvorstand. Er kann die Feststellung wieder aufheben.

§ 3.3

- (1) Die Mitgliedschaft ist schriftlich bei der Bundesgeschäftsstelle zu beantragen.
- (2) Die Mitgliedschaft beginnt am Tag des Eingangs des Beitrittsantrags in der Bundesgeschäftsstelle.
- (3) Über Aufnahmeanträge entscheidet der Bundesvorstand.
- (4) Ablehnungen brauchen nicht begründet zu werden.

§ 3.4 Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Streichung, Ausschluss, Tod oder bei Vollendung des 35. Lebensjahres. Bei Mitgliedern, die zum Zeitpunkt der Vollendung des 35. Lebensjahres ein Amt im Verband ausüben, erlischt die Mitgliedschaft erst mit Ablauf der Amtszeit.

- a) Der Austritt ist jederzeit möglich. Er muss schriftlich erklärt werden und bedarf keiner Begründung. Er ist sofort wirksam und entbindet von weiterer Beitragszahlung. Ein bei Beendigung der Mitgliedschaft bereits entrichteter Beitrag wird nicht zurückgezahlt.
- b) Die Streichung kann durch den Bundesvorstand erfolgen, wenn das Mitglied nach mindestens einjährigen Zahlungsrückstand seiner Beiträge trotz zweimaliger schriftlicher Aufforderung mit Fristsetzung und Hinweis auf eine mögliche Streichung den fälligen Beitrag nicht vollständig bezahlt hat. Gegen die Streichung ist die Anrufung des Schiedsausschusses möglich.
- c) Über den Ausschluss entscheidet der Schiedsausschuss, wenn das betreffende Mitglied gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze des Verbandes verstoßen und ihm dadurch schweren Schaden zugefügt hat.

§ 3.5 Eine Fördermitgliedschaft (ohne Stimmrecht) ist auch nach Vollendung des 35. Lebensjahres möglich.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

§ 4.1 Jedes Mitglied hat das Recht, durch Beteiligung an Beratungen, Wahlen und Abstimmungen, durch Anträge im Rahmen der Gesetze und dieser Satzung in den Versammlungen an der politischen Willensbildung mitzuwirken.

§ 4.2 Jedes Mitglied hat die Pflicht,

- a) die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse anzuerkennen,
- b) öffentliche und interne Auseinandersetzungen, auch solche zwischen einzelnen Mitgliedern, sachlich und fair zu führen,
- c) den Beitrag pünktlich zu entrichten. Der Beitrag ist eine Bringschuld. Über Stundung, Ermäßigung oder Erlass in Einzelfällen entscheidet der Bundesvorstand.

§ 4.3 Die Antrags-, Stimm- und Wahlrechte ruhen, wenn der Beitrag des Vorjahrs nicht in voller Höhe bezahlt ist. Mit Zahlung des Beitrags leben die genannten Rechte wieder auf.

§ 5: Organe

§ 5.1 Die Organe des Verbandes sind:

- a) die Bundesversammlung.
- b) der Bundesvorstand.

§ 5.2 Beschlussfähigkeit der Organe

- a) Die Bundesversammlung ist beschlussfähig, wenn ihre Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.
- b) Der Vorstand ist so lange beschlussfähig, wie die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

§ 6 Die Bundesversammlung und ihre Aufgaben

Die Bundesversammlung ist das oberste Organ des Verbandes. Sie ist die Vollversammlung aller Mitglieder des Verbandes, solange dessen Mitgliederzahl nicht 500 Personen übersteigt. Beim Eintreten dieses Falles kann die Bundesversammlung einen Delegiertenschlüssel erlassen. Nicht stimmberechtigte Mitglieder können als Gäste teilnehmen. Zu den Aufgaben der Bundesversammlung gehören:

§ 6.1 Die Wahlen

- a) des Bundesvorstandes,
- b) des Bundesschiedsausschusses.

§ 6.2 Die Abwahl von Funktionsträgerinnen / Funktionsträgern.

§ 6.3 Die Beratung und Beschlussfassung über

- a) die Satzung und das Programm,
- b) die Entlastung des Bundesvorstands nach Abgabe seines Rechenschaftsberichts,
- c) die Festsetzung des Mitgliedsbeitrags.

§ 7 Einberufung der Bundesversammlung

§ 7.1 Die ordentliche Bundesversammlung findet mindestens einmal während eines Kalenderjahres statt.

§ 7.2 Der Termin für die ordentliche Bundesversammlung muss durch den Bundesvorstand acht Wochen vorher auf der Webseite bekannt gegeben werden.

§ 7.3 Die Bundesversammlung wird durch den Bundesvorstand einberufen, der die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung mindestens vier Wochen vor der Bundesversammlung den stimmberechtigten Mitgliedern der Bundesversammlung zusendet.

§ 7.4 Eine außerordentliche Bundesversammlung muss unverzüglich, aber mit einer Ladungsfrist von mindestens zwei Wochen, einberufen werden, wenn dies unter Angabe von Gründen schriftlich

beantragt wird

- a) vom Bundesvorstand (2/3 Mehrheit),
- b) von mindestens 1/3 der Mitglieder mit Unterschrift

§ 8 Anträge zur Bundesversammlung

§ 8.1 Anträge zur Bundesversammlung werden nur zugelassen, wenn sie mit beigefügter Begründung schriftlich und rechtzeitig eingegangen sind. Antragsberechtigt sind alle stimmberechtigten Mitglieder.

§ 8.2

(1) Anträge zur ordentlichen Bundesversammlung sind spätestens sechs Wochen vor der Bundesversammlung (Poststempel) bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen.

(2) Die zugelassenen Anträge werden spätestens zwei Wochen vor der Bundesversammlung an alle Mitglieder per E-Mail versandt, die eine E-Mail-Adresse angegeben haben.

§ 8.3

(1) Initiativanträge können von mindestens drei stimmberechtigten Mitgliedern der Bundesversammlung gemeinsam gestellt werden. Die Initiativanträge müssen nach Zustimmung der absoluten Mehrheit der Bundesversammlung behandelt werden.

(2) Abwahl- und Missbilligungsanträge gegen Personen, die nach § 5 von der Bundesversammlung zu wählen sind, Änderungen der Satzung sowie Auflösungsanträge können nicht Gegenstand von Initiativanträgen sein.

§ 9 Bundesvorstand

§ 9.1 Aufgaben des Bundesvorstands:

- a) Der Bundesvorstand leitet den Verband und führt dessen Geschäfte nach Gesetz und Satzung sowie den Beschlüssen der Bundesversammlung.
- b) Er beruft die Bundesversammlung ein.
- c) Er erstattet der Bundesversammlung jährlich einen Rechenschaftsbericht.
- d) Er gibt Informationen an die Mitglieder heraus.
- e) Er beruft bei dringendem Bedarf auch in den Gebietsverbänden Versammlungen ein und leitet sie.

§ 9.2 Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) zwei gleichberechtigten Bundesvorsitzenden,
- b) einer/einem 1. stellvertretenden Bundesvorsitzenden,
- c) einer/einem 2. stellvertretenden Bundesvorsitzenden,
- d) mindestens einem weiteren Mitglied. Die genaue Zahl legt die jeweilige Bundesversammlung fest.

§ 9.3

(1) Die Wahl des Bundesvorstandes ist geheim.

(2) Bundesvorsitzende/r und stellvertretende/r Bundesvorsitzende/r werden in getrennten Wahlgängen gewählt, die weiteren Mitglieder können auch en bloc gewählt werden.

(3) Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht. Wird diese nicht erreicht findet eine Stichwahl statt.

(4) Allen Kandidatinnen/Kandidaten für dasselbe Amt muss die gleiche Möglichkeit der Vorstellung gegeben werden.

§ 9.4 Der Bundesvorstand wird mindestens in jedem Kalenderjahr gewählt. Wiederwahl ist möglich.

§ 9.5 Der neu gewählte Bundesvorstand tritt sein Amt nach dem Ende der Bundesversammlung an.

§ 9.6 Einzelne Bundesvorstandsmitglieder können von der Bundesversammlung auf Antrag nach § 6.2 mit sofortiger Wirkung abgewählt werden. Das daraufhin nachgewählte Bundesvorstandsmitglied tritt sein Amt unverzüglich an.

§ 9.7 Die laufenden Verwaltungsaufgaben werden von der Bundesgeschäftsstelle der ÖDP übernommen.

§ 10 Gliederung

§ 10.1

(1) Der Verband gliedert sich in Kreis- und Landesverbände, zusammengeschlossen im Bundesverband. Orts-, Regional- und Bezirksverbände können mit Zustimmung des nächsthöheren Verbands gebildet werden.

(2) Mit Zustimmung des Bundesvorstandes können auch Campusgruppen gegründet werden.

§ 10.2

(1) Der räumliche Geltungsbereich der Gebietsverbände deckt sich mit dem der entsprechenden politischen Gliederung. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des nächsthöheren Verbands.

(2) Jedem Gebietsverband gehören diejenigen Mitglieder an, die in seinem Bereich ihre Hauptwohnung haben. Ausnahmsweise kann ein Mitglied dem Gebietsverband seiner Nebenwohnung angehören. Solche Ausnahmen und darüber hinausgehende Sonderfälle bedürfen der Genehmigung des zuständigen Landesvorstands (bei Nicht-Bestehen des Bundesvorstands), in landesübergreifenden Fällen der des Bundesvorstands. Jedes Mitglied kann nur einem Kreis- bzw. Landesverband angehören.

§ 10.3 Die Gebietsverbände können sich im Rahmen dieser Satzung und im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen eigene Satzungen geben; diese dürfen den Satzungen ihrer übergeordneten Gebietsverbände nicht widersprechen.

§ 10.4 Die Gebietsverbände müssen aus mindestens drei Mitgliedern bestehen.

§ 10.5 Gebietsverbände, die innerhalb von drei Jahren nach der letzten Vorstandswahl keinen neuen Vorstand gewählt haben, muss der nächsthöhere Verband auflösen.

§ 10.6 Organe der Untergliederungen sind:

- a) die Hauptversammlung,
- b) der Vorstand.

§ 10.7 Beschlussfähigkeit der Organe

- a) Die Hauptversammlungen sind beschlussfähig, wenn ihre Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.
- b) Die Vorstände sind solange beschlussfähig, wie die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

§ 11 Hauptversammlungen von Untergliederungen

§ 11.1 Der Hauptversammlung als dem höchsten Organ einer Untergliederung obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Wahl des Vorstandes,
- b) die Aufstellung von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des eigenen Gebiets unter Berücksichtigung der Beschlüsse übergeordneter Organe.
- c) die Erstellung einer Satzung für die Organe des eigenen Verbandes.
- d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Vorstandes und Beschluss über die Entlastung.

§ 11.2 Die Hauptversammlung einer Untergliederung tritt mindestens einmal im Jahr, sonst nach Bedarf, zusammen. Sie besteht aus den erschienenen Mitgliedern der Untergliederung. Form und Frist der Einberufung kann die Untergliederung in ihrer Satzung regeln. Darüber hinaus sind Hauptversammlungen einzuberufen, wenn dies der übergeordnete Verband unter Angabe von Gründen beantragt.

§ 12 Vorstände von Untergliederungen

§ 12.1 Der Vorstand besteht aus der/dem Vorsitzenden, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden und mindestens einem weiteren Mitglied. Die genaue Zahl legt die jeweilige Hauptversammlung fest.

§ 12.2 Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Hauptversammlung für ein Jahr gewählt. Ihre Amtszeit darf 14 Monate nicht überschreiten.

§ 12.3 Aufgaben des Vorstandes:

- a) Beschlussfähiges Organ zwischen den Hauptversammlungen,
- b) Durchführung und Umsetzung der von der Hauptversammlung gefassten Beschlüsse,
- c) Einberufung der Hauptversammlung,
- d) Rechenschaftslegung vor der Hauptversammlung,

§ 13 Finanzen

§ 13.1 Mitgliedsbeitrag

Die Höhe des Mitgliedsbeitrages beträgt jährlich 15 €. Ausgenommen von der Beitragspflicht sind ÖDP-Mitglieder und deren Kinder. Fördermitglieder legen ihren Beitrags nach eigenem Ermessen fest, jedoch mindestens 25€ jährlich.

§ 13.2 Buchhaltung und Kassenprüfung obliegen dem ÖDP-Bundesverband.

§ 13.3 Untergliederungen sind nicht zur eigenständigen Kassenführung berechtigt.

§ 14 Ordnungsmaßnahmen

§ 14.1 Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder

(1) Bei einer Pflichtverletzung eines Mitglieds, insbesondere bei einer Verletzung der Pflichten nach § 4.2, kann der Bundesvorstand oder der zuständige Landesvorstand mit 2/3-Mehrheit folgende Ordnungsmaßnahmen anordnen:

a) Rüge

b) Aberkennung des Rechts zur Bekleidung von Ämtern bis zur Dauer von zwei Jahren,

c) Ruhen einzelner oder aller Mitgliedsrechte bis zur Dauer von drei Jahren,

(2) Den Antrag auf Ausschluss eines Mitglieds kann der Bundesvorstand oder der zuständige Landesvorstand stellen. Wurde ein Ausschlussantrag gestellt, kann in dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, der Bundesvorstand oder der zuständige Landesvorstand bis zur Entscheidung des Schiedsausschusses

a) ein Mitglied von der Ausübung seiner Rechte ausschließen,

b) ein Mitglied des eigenen Vorstands oder des Vorstands eines nachgeordneten Gebietsverbands seines Amtes entheben.

§ 14.2 Ordnungsmaßnahmen gegen Verbände und Organe

(1) Gegen nachgeordnete Gebietsverbände und Organe, welche in schwerwiegender Weise gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Bundesvereinigung verstoßen haben, kann der Bundesvorstand oder der zuständige Landesvorstand als Ordnungsmaßnahme anordnen:

a) Rüge,

b) Amtsenthebung von Organen,

c) Auflösung oder den Ausschluss des Gebietsverbands.

(2) Eine Ordnungsmaßnahme des Landesvorstands bedarf der Bestätigung durch den Bundesvorstand, eine Ordnungsmaßnahme des Bundesvorstands bedarf der Bestätigung durch die Bundesversammlung; dies gilt nicht für Rügen.

(3) Die Ordnungsmaßnahme tritt außer Kraft, wenn die nächste Hauptversammlung des jeweiligen Verbandes die Ordnungsmaßnahme nicht bestätigt; dies gilt nicht für Rügen.

§ 14.3

(1) Ordnungsmaßnahmen sind zu begründen

(2) Gegen Ordnungsmaßnahmen ist die Anrufung des Schiedsausschusses zugelassen; dies gilt nicht für Rügen.

§ 15 Schiedsausschuss

§ 15.1 Aufgaben des Schiedsausschusses

a) Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Gebietsverbänden und ihren Mitgliedern,

b) Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung dieser Satzung,

c) Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten über Maßnahmen gegen nachgeordnete Gebietsverbände oder deren Organe,

d) Entscheidung über den Ausschluss von Mitgliedern.

§ 15.2 Wird der Schiedsausschuss schriftlich angerufen, hat er innerhalb von vier Monaten zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten.

§ 15.3 Bildung und Zusammensetzung des Schiedsausschusses

(1) Der Schiedsausschuss besteht aus einem/einer Vorsitzenden und zwei Beisitzern

(2) Die Mitglieder des Schiedsausschusses werden von der Bundesversammlung in geheimer Wahl für zwei Jahre gewählt.

(3) Die Mitglieder des Schiedsausschusses dürfen weder Vorstandsämter bekleiden noch in einem finanziellen oder beruflichen Abhängigkeitsverhältnis zur Bundesvereinigung oder zu einem Vorstandsmitglied stehen. Sie müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben.

(4) Sie sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

§ 15.4 Es gelten sinngemäß die Regelungen der Schiedsgerichtsordnung des ÖDP-Bundesverbandes.

§ 16 Arbeitskreise

(1) Der Bundesvorstand kann für bestimmte Sachgebiete oder für zeitlich begrenzte Aufgaben Arbeitskreise einsetzen und gegebenenfalls wieder auflösen.

(2) Die Arbeitskreise sind nicht befugt, sich selbstständig an die Öffentlichkeit zu wenden.

§ 17 Protokolle

§ 17.1 Über die Abstimmungs- und die Wahlergebnisse der Organe des Bundesverbandes und seiner Untergliederungen sind Protokolle anzufertigen und von der Protokollführerin / dem Protokollführer und einem Mitglied des jeweiligen Vorstands zu unterzeichnen.

§ 17.2

(1) Jedes Mitglied kann auf Verlangen Einsicht in die genehmigten Protokolle nehmen, soweit es sich nicht um für vertraulich erklärte Teile handelt.

(2) Die Protokolle müssen den Mitgliedern auf Anforderung gegen Kostenerstattung zugestellt werden.

§ 18 Änderung der Satzung

Über Änderungen dieser Satzung beschließt die Bundesversammlung mit 2/3-Mehrheit.

§ 19 Auflösung

§ 19.1 Über die Auflösung des Verbandes entscheidet die Bundesversammlung mit 3/4-Mehrheit.

§ 19.2 Dieser Beschluss muss vor seiner Ausführung durch eine Urabstimmung bestätigt werden.

§ 19.3 Bei der Auflösung soll das vorhandene Vermögen nach Abdeckung aller Verbindlichkeiten der ÖDP zufließen.

§ 20 Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 20.1 Bestimmungen in Satzungen und Nebenordnungen nachgeordneter Gebietsverbände, die dieser Satzung widersprechen, sind ungültig.

§ 20.2 Diese Satzung tritt am 05. September 1992 in Kraft, zuletzt geändert am 15.05.2021 von der Bundesversammlung.